



Global Marshall Plan – a Global Contract

Bring die Welt in Balance durch eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft

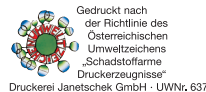


Global Marshall Plan

balance the world
with an Eco-Social Market Economy



„Wer will, dass die Welt so bleibt, wie sie ist,
der will nicht, dass sie bleibt.“ (Erich Fried)



Impressum:

Eigentümer, Verleger und Herausgeber: Ökosoziales Forum Europa, 1010 Wien, Franz Josefs-Kai 13

Tel.: +43-1-253 63 50 – 0, E-Mail: info@oekosozial.at, Web: www.oekosozial.at

1. Auflage: 5.000 Stück

Erscheinungstermin: Dezember 2010

© Ökosoziales Forum Europa

Redaktion: Christina Buczko, Ökosoziales Forum Europa, Global Marshall Plan Initiative Österreich

Fotos: iStockphoto.com

HABEN SIE GEWUSST, DASS ...

- ⊖ 30.000 Kinder täglich an Hunger, den Folgen schmutzigen Wassers und vermeidbaren Krankheiten sterben – 11 Millionen pro Jahr
- ⊖ alle 30 Sekunden ein Mensch an Malaria stirbt – 1 Million im Jahr
- ⊖ 1,4 Milliarden Menschen mit weniger als 1 US\$ pro Tag leben
- ⊖ 2,6 Milliarden Menschen mit weniger als 2 US\$ pro Tag leben
- ⊖ 80 Prozent der einkommensarmen Menschen auf dem Land leben
- ⊖ sich die Zahl der absolut Armen in Subsahara-Afrika von 1981 bis 2005 verdoppelt hat
- ⊖ mehr als ein Viertel der Kinder in Entwicklungsregionen für ihr Alter untergewichtig sind, was ihre Aussichten auf Überleben, Wachstum und langfristige Entwicklung erheblich schmälert.
- ⊖ im Jahr 2050 geschätzte 9,3 Milliarden Menschen auf der Erde leben werden
- ⊖ bereits heute 500 Millionen Menschen von teilweiser oder andauernder Wasserknappheit bedroht sind
- ⊖ 150 Tier- und Pflanzenarten jeden Tag unwiederbringlich verloren gehen
- ⊖ 119.6 Milliarden US\$ im Jahr 2009 weltweit für Entwicklungs-zusammenarbeit aufgewendet, aber geschätzte eine Billion US\$ illegal aus Entwicklungsländern abgeflossen sind.
- ⊖ die jährlichen Rüstungsausgaben 1.530 Milliarden US\$ betragen
- ⊖ das Vermögen der drei reichsten Menschen in etwa dem Bruttoinlandsprodukt der 48 ärmsten Länder entspricht

ABER, WERDEN SIE FRAGEN:

KANN DIE ODER DER EINZELNE DAGEGEN ÜBERHAUPT ETWAS AUSRICHTEN?

Ja! Wir haben eine Chance, wenn wir uns zusammenschließen, wenn alle Kräfte, die bereit sind, an den bestehenden Verhältnissen etwas zu ändern, sich bündeln. Konzentrieren wir uns dabei auf das, was uns alle verbindet. Denn die Erhaltung unseres Globus und das Ringen um die Würde aller Menschen liegen im Interesse von uns allen. Das ethische Fundament dazu besteht aus Einfühlungsvermögen, Menschlichkeit und Spiritualität.

Auf dieses ethische Fundament baut die Global Marshall Plan Initiative. Sie versteht sich als eine integrative Plattform für Politik, Wirtschaft, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Wissenschaft, Religionsgemeinschaften und Medien. Menschen aus Nord und Süd kooperieren und überschreiten Grenzen von Staaten, Kulturen und Religionen. Nur so können wir gemeinsam Lösungen für eine gerechtere und zukunftsfähige Gestaltung der Globalisierung erarbeiten.

Wirtschaftliche Entwicklung darf nicht in erster Linie der Profitmaximierung einiger Weniger dienen. Zweck von Wirtschaft ist vielmehr, dem Wohle möglichst aller Menschen zu dienen und die Entfaltung, Erhaltung und Sicherung des Lebens und der ökologischen Systeme zu ermöglichen.

Ein vernünftig entwickelter Global Marshall Plan entspricht insbesondere langfristig gesehen den Interessen aller Länder, der regionalen, nationalen und internationalen Politik, der Wirtschaft wie auch der Zivilgesellschaft – uns Menschen und dem Globus. Er kann sich als das effektivste heute mögliche Friedens- und Wirtschaftsförderprogramm für die kommenden Jahrzehnte erweisen.

Im Rahmen des „Handbuchs für MultiplikatorInnen“ sowie mehrerer regionaler Maßnahmenkataloge hat die Global Marshall Plan Initiative eine Fülle an konkreten Handlungsmöglichkeiten gesammelt und veröffentlicht. Lasst uns gemeinsam die Welt in Balance bringen!

DIE GESCHICHTE DER GLOBAL MARSHALL PLAN INITIATIVE

Im Zuge von UN-Konferenzen wurden in den 1990er Jahren bereits zahlreiche Dokumente erarbeitet und Vereinbarungen zur Bewältigung der weltweiten Herausforderungen verabschiedet – umgesetzt wurde aber nach wie vor viel zu wenig.

VertreterInnen aus Wissenschaft, Politik, Medien, Kultur, Wirtschaft und NGOs taten sich 2003 zusammen, um einen Beitrag gegen die immer bedrohlicher werdende Schiefelage in der Entwicklung der Menschheit zu leisten.

Dies soll – in Anlehnung an den Marshallplan vor sechzig Jahren und an Al Gores Wortschöpfung aus den 1990er-Jahren – durch den „Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft“ geschehen, der durch die Verknüpfung von (Co-)Finanzierung mit der Einführung ökologischer und sozialer Standards eine gerechte und nachhaltige Entwicklung für „Süd“ und „Nord“ ermöglicht.

Mittlerweile wuchs die Initiative zu einem Netzwerk von über zweihundert Organisationen, allen österreichischen und einigen deutschen Bundesländern sowie zahlreichen Gemeinden. Die Initiative ist unabhängig, überparteilich, interkulturell und interkonfessionell.

Mehrere tausend Menschen aus aller Welt haben ihr Wohlwollen und ihre Unterstützung für die Global Marshall Plan Initiative bekundet – so auch Franz Alt, Dieter Althaus, Kurt Beck, Prinz El Hassan bin Talal von Jordanien, Carl-Eduard von Bismarck, Karlheinz Böhm, Eugen Drewermann, Hans Peter Dürr, Peter Eigen, Benita Ferrero-Waldner, Franz Fischler, Johan Galtung, Heiner Geissler, Hans-Dietrich Genscher, Jane Goodall, Vittorio Hösle, Wahu Kaara, Sandra Maischberger, Reinhold Messner, Josef Riegler, Hermann Scheer, Vandana Shiva, Klaus Töpfer, Jakob von Uexküll, Ernst Ulrich von Weizsäcker, Jean Ziegler.

Durch zahlreiche Vorträge und Diskussionsveranstaltungen, das Verteilen von Informationen und den Verkauf von Büchern sowie durch Vernetzung und gezieltes Lobbying versucht die Global Marshall Plan Initiative Kräfte zu bündeln und Bewusstsein für die notwendigen Änderungen zu schaffen. Wenn jeder in einem Schneeballsystem pro Jahr nur eine Person von der Notwendigkeit eines Wandels überzeugt, würde sich in 33 Jahren die gesamte Menschheit ein gemeinsames Ideal teilen – denn $233 = 8,6$ Milliarden.

DER HISTORISCHE MARSHALLPLAN: SYMBOL FÜR HOFFNUNG, SOLIDARITÄT UND FRIEDEN

Der historische Marshallplan (offiziell: European Recovery Program, kurz: ERP) war nach dem Zweiten Weltkrieg ein wirtschaftliches Wiederaufbauprogramm der USA für Westeuropa, benannt nach seinem Initiator, dem damaligen US-Außenminister und Friedensnobelpreisträger George C. Marshall. Das Programm begann 1947 und dauerte vier Jahre, in denen die USA den teilnehmenden Staaten ca. 12,4 Milliarden US\$ oder 1,3 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts an Zahlungen leisteten.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass die politischen und wirtschaftlichen Zielsetzungen des historischen Marshallplans nicht unumstritten sind, und auch die Situation in den heute marginalisierten Regionen dieser Welt nicht eins zu eins mit der damaligen verglichen werden kann. Dennoch steht der Marshallplan in Europa für Hoffnung, Solidarität und Frieden. Als das Programm auslief, war die Wirtschaft aller teilnehmenden Staaten stärker als vor dem Krieg. Über die nächsten zwei Jahrzehnte kam es in ganz Westeuropa – durch das so genannte Wirtschaftswunder – zu einem außerordentlichen Wachstum und materiellem Wohlstand. Der Marshallplan gilt heute als der erste Schritt zur europäischen Integration.

WEN WOLLEN WIR MIT DEM GLOBAL MARSHALL PLAN ERREICHEN?

Die Global Marshall Plan Initiative wendet sich mit ihren Überlegungen bewusst parallel an unterschiedliche AdressatInnen:

- ☹ an alle Menschen in der Welt, sich mit ihrem Wissen, ihren Erfahrungen und Ideen in die Initiative einzubringen.
- ☹ an die Religionsgemeinschaften sowie an Medien und KünstlerInnen, die Idee des Global Marshall Plan weiterzutragen und Bewusstsein zu schaffen.

- ☹ an die Interessensvertretungen, an die in NGOs organisierte Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen. Unser Ziel ist es, Kräfte zu bündeln und gemeinsam für eine gerechtere, zukunftsfähige Globalisierung zu kämpfen.
- ☹ an die Wissenschaft. Wir laden alle Disziplinen ein, den Global Marshall Plan zu einem detaillierteren und interdisziplinär fundierten Projekt weiterzuentwickeln.
- ☹ an die Wirtschaft, den Global Marshall Plan zu ihrem eigenen Anliegen zu machen – für eine sozial gerechte und ökologisch verantwortungsvolle Wirtschaftsentwicklung.
- ☹ an die Regierungen und Parlamente der Nationalstaaten, den Global Marshall Plan offiziell zu unterstützen und im Dialog mit den anderen AkteurInnen auszugestalten. Diese neue Qualität globaler Handlungs- und Problemlösungsfähigkeit liegt im langfristigen Interesse aller Länder.
- ☹ an die G8- und G20-Staaten, bei der Armutsbekämpfung nicht kurzfristige Maßnahmen wie Hilfe und Schuldenerlass in den Vordergrund zu stellen, sondern die strukturelle Armut durch eine Reform der globalen Regeln und Institutionen an der Wurzel zu bekämpfen.
- ☹ an die Europäische Union, als wichtige Hoffnungsträgerin für unser Projekt und für viele Menschen in der ganzen Welt. Die EU-Mitgliedsländer stehen vor der historischen Chance, den Wandel von ehemaligen Kolonialmächten zu Partnern effektiver und umfassend verstandener Entwicklungspolitik zu vollziehen. Die EU kann und soll mutig eine Alternative zur jetzigen Form der Globalisierung entwickeln und in internationalen Verhandlungen konsequent vertreten.
- ☹ an die UNO und an ihre Programme und Sonderorganisationen, die für die Umsetzung dieses Projekts eine zentrale Rolle spielen. Wir unterstützen die Initiativen zur Reform der UNO in Richtung mehr Effizienz, Handlungskompetenz und Finanzausstattung.

UNSERE ZIELE:

FÜR EINE GERECHTERE GESTALTUNG DER GLOBALISIERUNG

Globalisierung passiert nicht, sie ist gestaltbar. Dazu braucht es starke private und politische AkteurInnen, die eine neue, zukunftsfähige Richtung einschlagen – zum Wohle des Ganzen.

Das Ziel der Global Marshall Plan Initiative ist eine Friedensstrategie für die Entwicklung der Menschheit auf der Grundlage von Gerechtigkeit, Solidarität, nachhaltiger Entwicklung sowie eines Dialogs zwischen Kulturen und Religionen, der auf Partnerschaft, gegenseitigem Respekt, Einfühlungsvermögen und Geduld basiert.

Die Initiative wurde in Europa gestartet, versteht sich aber als gemeinsames Forum von „Nord“ und „Süd“ für eine zukunftsfähige Welt. Wir suchen die Gemeinsamkeit mit vielen bestehenden Projekten, Initiativen und Persönlichkeiten – getragen von der Überzeugung, dass es bei allen legitimen gesellschafts-, partei- und interessenpolitischen sowie philosophischen oder religiösen Unterschieden einen beachtlichen gemeinsamen Nenner in der Zielsetzung gibt:

- ☉ eine gerechtere Gestaltung von Globalisierung
- ☉ ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit
- ☉ die Verwirklichung der Menschenrechte und Menschenwürde für alle

Gewährleisten lassen sich diese Ziele unserer Meinung nach nur dann, wenn beide Seiten – der globale „Süden“ und der globale „Norden“ – davon profitieren. Deshalb setzen wir auf:

- ☉ **gerechte und generationenübergreifende Entwicklungschancen** durch Entwicklungspartnerschaft und eine leistungsfähige Finanzierung – zur Mittelaufbringung sollen u. a. Abgaben auf globale Finanztransaktionen beitragen
- ☉ **einen fairen globalen Wettbewerb** durch behutsame Marktöffnung, die nationale Schutzmöglichkeiten zulässt, und durch die Entwicklung eines globalen Rahmens für die Wirtschaft mit weltweit verbindlichen sozialen und ökologischen Standards

Die Global Marshall Plan Initiative ist daran interessiert, gute Ideen aufzugreifen und eigenständige Aktivitäten zu initiieren, damit sich durch Bewusstseinsbildung von unten auch das Handeln politischer und wirtschaftlicher Eliten ändert.

UNSERE STRATEGIE:

VERKNÜPFUNG VON FINANZIERUNGSPLÄNEN MIT ÖKOLOGISCHEN UND SOZIALEN STANDARDS

Wir brauchen einen gerechten und praktisch handhabbaren globalen Ordnungsrahmen. Ganz bewusst baut der Global Marshall Plan dabei auf einem in Europa relativ erfolgreichen und vor allem „menschengerechten“ Modell auf – nämlich der Sozialen Marktwirtschaft, ergänzt um das Prinzip der Umweltverantwortung im Sinne einer umfassend verstandenen Nachhaltigkeit. Daher nennen wir unser Modell „Ökosoziale Marktwirtschaft“.

Die Ökosoziale Marktwirtschaft ist eine konstruktive Alternative zur neoliberalen Marktwirtschaft, in der ökonomische Interessen dominieren.

In der Ökosozialen Marktwirtschaft liegt das Ziel in der Balance zwischen einer leistungsfähigen Wirtschaft, sozialer Solidarität und dem Schutz der Umwelt.

Die Gleichstellung von Handels-, Umwelt- und Sozialstandards gemeinsam mit der vertraglich zugesicherten Bereitstellung der erforderlichen Mittel für Entwicklung ist das zentrale Anliegen des Projektes „Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft“.

Die vorgesehene (Co-)Finanzierung soll dabei die Konsensfindung und die Umsetzung der Standards ermöglichen – analog zu den EU-Erweiterungsrunden, die nach derselben Logik funktionieren: auf Initiative der internationalen Staatengemeinschaft soll (Co-) Finanzierung im Gegenzug zur Umsetzung eines gemeinsamen Rechtsbestands und gemeinsamer Standards erfolgen. In diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass das Prinzip der Ökosozialen Marktwirtschaft grundsätzlich in der europäischen Politik verankert ist. In der Lissabon-Strategie, im Zusammenhang mit der EU-Nachhaltigkeitsstrategie, im Vertrag von Lissabon sowie in der Debatte um eine neue EU-2020-Strategie findet sich dieses Prinzip wieder.

Die Umsetzung erfolgte allerdings auch in Europa bislang höchst unzureichend. Unser Verbrauch an natürlichen Ressourcen ist, so wie in allen OECD-Ländern, viel zu hoch und unverhältnismäßig im Vergleich zu unserem Anteil an der Weltbevölkerung. Deshalb ist auch bei uns eine massive Änderung des Lebensstils und unserer Wirtschaftsweise in Richtung Nachhaltigkeit notwendig.

Das eigentliche Ziel einer Durchsetzung der Prinzipien der Ökosozialen Marktwirtschaft geht aber über die Einführung verpflichtender sozialer und ökologischer Standards als ersten Schritt weit hinaus. Wir fordern:

- ⊖ bessere Regeln für globale Finanzmärkte, um das Risiko einer erneuten weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise einzugrenzen
- ⊖ eine weltweit koordinierte Steuerpolitik, v. a. das Schließen von Steueroasen und die Kontrolle von Offshore-Bankplätzen, durch die der Allgemeinheit jährlich etwa 250 Mrd. US\$ an Steuereinnahmen entgehen
- ⊖ Realisierung einer weltweiten Kohäsionspolitik, d. h. ein solidarischer Zusammenhalt zwischen Ländern und Regionen
- ⊖ umfassend verstandener „Wohlstand für alle“ auf Basis ökologischer Nachhaltigkeit – daher ist die Durchsetzung des Vorsorge- bzw. Verursacherprinzips und der ökologischen Kostenwahrheit ein Kernelement weltweiter Ökosozialer Marktwirtschaft
- ⊖ eine Weltkartellbehörde, um extreme Machtkonzentration bei Unternehmen und Monopol- und Oligopolstrukturen zu verhindern

Selbstverständlich sollen mit einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft funktionierende alternative Ansätze – wie z. B. Solidarwirtschaften in Lateinamerika – nicht überrollt werden, sondern es ist immer eine Ausgestaltung im jeweiligen kulturellen Kontext notwendig.

„Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar.“

(Ingeborg Bachman)



UNSERE FORDERUNGEN:

MIT FÜNF BAUSTEINEN ZU EINER ÖKOSOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Elemente des Global Marshall Plan, der fünf aufeinander bezogene Bausteine umfasst, sind bereits in den Ergebnissen vergangener UN-Gipfel enthalten, Teil der europäischen Politik oder Forderungen diverser NGOs und Institutionen. Das bildet den Ausgangspunkt unserer Initiative und gleichzeitig ihr Fundament – und erhöht die Aussichten, die gesteckten Ziele auch zu erreichen.

1. BAUSTEIN:

VERWIRKLICHUNG DER WELTWEIT VEREINBARTEN MILLENNIUMS-ENTWICKLUNGSZIELE DER UNO

Beim Millenniums-Gipfel der UNO im Jahr 2000 wurden von 189 Staaten weltweite Entwicklungsziele vereinbart, die bis zum Jahr 2015 realisiert werden sollen: In ihrer Verwirklichung sehen wir einen ersten Zwischenschritt zu einer gerechteren Weltordnung und zu nachhaltiger Entwicklung.

- ⊖ weltweite Halbierung der Anzahl der Personen, die an Hunger leiden bzw. deren Einkommen weniger als 1 US\$ pro Tag beträgt.
- ⊖ Ermöglichung des Besuchs eines vollen Grundschulprogramms für alle Kinder
- ⊖ Förderung von Gleichstellung und größerem Einfluss von Frauen
- ⊖ Senkung der Kindersterblichkeit auf ein Drittel der heutigen Werte
- ⊖ Substanzielle Verbesserungen bei der Gesundheit von Müttern
- ⊖ Umkehrung des Trends bei HIV/Aids, Malaria und anderen epidemischen Krankheiten
- ⊖ Umkehrung des Trends beim Verlust von Umweltressourcen und Halbierung der Anzahl der Menschen, die keinen Zugang zu gesundem Trinkwasser haben (zurzeit über eine Milliarde)

- ⊖ Herbeiführung einer neuartigen Partnerschaft für Entwicklung
 - ⊖ Entwicklung geeigneter Rahmenbedingungen für das Welthandels- und Weltfinanzsystem
 - ⊖ Aktivitäten zur Armutsüberwindung, z. B. hinsichtlich der Schuldenproblematik besonders armer Länder
 - ⊖ Schaffung von menschenwürdigen und produktiven Arbeitsmöglichkeiten
 - ⊖ Sicherstellung eines leistbaren Zugangs zu wichtigen Medikamenten
 - ⊖ Zugang für alle zu den Vorteilen moderner Technologie

2. BAUSTEIN:

AUFBRINGUNG VON ZUSÄTZLICHEN MITTELN FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Der gesamte Finanzbedarf für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) in allen Ländern lag nach Angaben der UNO bei 21 Milliarden US\$ im Jahr 2006 und wird sich bis zum Jahr 2015 schrittweise auf 189 Milliarden US\$ im Jahr 2015 erhöhen. Für die Erreichung der Millenniumsziele wäre ein Anstieg der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) auf 0,54 Prozent im Jahr 2015 erforderlich. Da nicht alle ODA-Mittel zur Erreichung der MDGs zweckgewidmet verwendet werden, empfiehlt die UNO dringend die Einhaltung des Versprechens der Geberstaaten, ihre ODA bis zum Jahr 2015 auf 0,7 Prozent des jeweiligen Bruttonationaleinkommens zu erhöhen.

2009 lag die Gesamtsumme der internationalen Entwicklungszusammenarbeit bei etwa 119,6 Milliarden US\$. Das entspricht etwa 0,31 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) der OECD-Länder, die sich bereits 1970 im Rahmen einer UN-Resolution dazu verpflichtet haben, 0,7 Prozent ihres BNE als offizielle Entwicklungshilfe zu leisten. Zum damaligen Zeitpunkt war die Weltwirtschaft halb so groß wie heute.

Als Vergleichsgröße mögen folgende Zahlen dienen:

- ⊖ Das prozentuale Volumen des Marshallplans der USA nach dem Zweiten Weltkrieg betrug 1,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der USA über einen Zeitraum von vier Jahren.
- ⊖ Die weltweiten Rüstungsausgaben stiegen bis zum Jahr 2009 auf 1,53 Billionen US\$.

Diese Zahlen machen deutlich, dass der vorgeschlagene Global Marshall Plan notwendig und im vorgeschlagenen Umfang auch finanzierbar ist.

3. BAUSTEIN: FINANZIERUNG AUCH DURCH BELASTUNG GLOBALER TRANSAKTIONEN UND DES VERBRAUCHS VON RESSOURCEN

Die Global Marshall Plan Initiative unterstützt das Ziel, 0,7 Prozent des BNE für Entwicklungszusammenarbeit aufzubringen, und fordert die Regierungen auf, ihre diesbezüglichen Verpflichtungen zu erfüllen. Zudem setzen wir uns für weitere Entschuldungsmaßnahmen sowie verantwortungsvolle Kreditvergaben ein. Darüber hinaus und aus ordnungspolitischen Gründen sollen Mittel für die Armutsbekämpfung und eine globale nachhaltige Entwicklung über Abgaben auf globale Finanztransaktionen und den Verbrauch unserer natürlichen Lebensgrundlagen aufgebracht werden.

Derzeit werden von einigen Ländern in Pilotprojekten freiwillig neue Finanzierungsinstrumente umgesetzt, z. B. die Flugticketabgabe – eine geringfügige Abgabe beim Kauf eines Flugtickets.

Das ist aber noch lange nicht genug. Deshalb setzen wir uns für weitergehende Maßnahmen ein und greifen dazu unter anderem Ideen auf, die bei internationalen Konferenzen, von FinanzexpertInnen und der Zivilgesellschaft vorgebracht wurden und werden. Wir fordern globale Abgaben, um zum einen keine regionalen Wettbewerbsverzerrungen auszulösen, und zum anderen, weil globale ökonomische Aktivitäten nur unterproportional an der Aufbringung von Steuern beteiligt sind. Außerdem belasten diese Aktivitäten überproportional die Umwelt, ohne die entsprechenden Kosten zu tragen. Die vorgeschlagenen Abgaben hingegen belasten die Wirtschaft und die KonsumentInnen nur in geringem Maß. Leichte Administrierbarkeit durch bereits bestehende Institutionen ist ein weiteres Kriterium.

Finanztransaktionssteuer

Eine allgemeine Finanztransaktionssteuer ist eine Abgabe auf Transaktionen mit Finanzanlagen wie Derivate, Fonds, Anleihen, Sicherheiten, Devisen und Aktien. Sie gilt nicht für Finanztransaktionen, die mit der Realwirtschaft zusammenhängen bzw. die eine finanzielle Entsprechung für Transaktionen in der Realwirtschaft (Handel mit Gütern und Dienstleistungen) darstellen. Solche von der Finanztransaktionssteuer nicht erfassten Transaktionen sind z. B. Zahlungen am Güter- und Arbeitsmarkt, Aktien der Erstemission, kurzfristige Darlehen und Kredite zwischen Banken sowie Transaktionen zwischen KundInnen und Finanzinstituten.

Eine allgemeine Finanztransaktionssteuer unterscheidet nicht zwischen einzelnen Finanzmärkten oder Transaktionstypen. Sie stellt eine faire Methode dar, Finanztransaktionen zu besteuern, ohne den Wettbewerb zwischen Märkten und Transaktionstypen zu verzerren. Das WIFO hat in einer Studie aus dem Jahr 2008 geschätzt, dass bereits bei einem Steuersatz von 0,01 Prozent allein im europäischen Raum Steuereinnahmen von rund 80 Milliarden € generiert werden könnten, einen Rückgang des Handelsvolumens aufgrund der Einführung der Steuer bereits einkalkuliert. Bei einer globalen Einführung beliefen sich die Einnahmen auf rund 250 Milliarden €.

Steuer auf Kerosin

Wie der vom ehemaligen französischen Präsidenten Jacques Chirac initiierte Landau-Report aufzeigt, gibt es mehrere Vorteile einer Steuer auf Kerosin. Sie führt im Sinne der Kostenwahrheit direkt zu einer Belastung der durch den Flugverkehr verursachten Luftverschmutzung und kann leicht erfasst werden, da der Kerosinverkauf reguliert ist. Schätzungen belaufen sich auf zusätzliche Einnahmen von ca. 10 Milliarden US\$ bei einer weltweiten Einführung. Die Ticketpreise würden sich dadurch um ca. 2,5 Prozent erhöhen. Außerdem ist es aus Sicht der Global Marshall Plan Initiative nicht verständlich, warum der umweltbelastende Flugverkehr durch eine Nichtbesteuerung von Kerosin subventioniert wird.

4. BAUSTEIN: GLOBAL GOVERNANCE – ENTWICKLUNG EINES ORDNUNGSRAHMENS FÜR DIE WELTWIRTSCHAFT

Globalisierung erzeugt Probleme, die nur grenzüberschreitend und gemeinsam gelöst werden können. Die Überwindung des globalen Markt-fundamentalismus und die Realisierung einer weltweiten Ökosozialen

Marktwirtschaft soll durch Etablierung eines besseren Ordnungsrahmens der Weltwirtschaft ermöglicht werden. Dazu gehören Reformen und eine Verknüpfung bestehender Regelwerke und Institutionen für Wirtschaft, Umwelt, Soziales und Kultur (z. B. in WTO, IWF, Weltbank, der UNO und ihren Programmen bzw. Sonderorganisationen wie ILO, UNDP, UNEP und UNESCO sowie in der IUCN).

Umfassende, international vereinbarte Standards sind Zug um Zug mit dem Global Marshall Plan zu etablieren. Nur so kann die angestrebte Wirkung erreicht und damit eine breite und dauerhafte Unterstützung seitens der globalen Zivilgesellschaft, aber auch von Wirtschaft und Politik erzielt werden. Der geeignete Weg dazu ist die Verknüpfung ökologischer und sozialer Standards und Regelwerke mit (Co-)Finanzierungsprogrammen. Die Vergabe der Mittel darf dabei weder durch kurzfristige wirtschaftliche Interessen der reichen Länder beeinflusst werden noch durch kurzfristige Machtinteressen von Eliten in den ärmeren Ländern.

Die Global Marshall Plan Initiative fordert die Anwendung folgender Standards, für die bereits ein Konsens der UN-Mitglieder gefunden wurde:

- ⊖ **die grundlegenden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte**, die weitgehend deckungsgleich sind mit den im WSK-Pakt festgeschriebenen Menschenrechten oder den Kernstandards der Weltarbeitsorganisation (ILO) wie Organisationsrecht, Gleichbehandlung von Mann und Frau, Verbot der Kinderarbeit etc.
- ⊖ **Standards der internationalen Umwelt- und Naturschutzabkommen** wie z. B. Biodiversitätskonvention, Ramsar-Konvention, Washingtoner Artenschutzübereinkommen, das Abkommen von Montreal sowie internationale Klimaschutzprotokolle.

Wenn man diese Kriterien bei der Mittelvergabe anwendet, muss man sich bewusst sein, dass die Nichtbeachtung einiger dieser ökologischen und sozialen Standards in manchen Bereichen den wichtigsten Wettbewerbsvorteil der ökonomisch marginalisierten Regionen darstellt. Das Beispiel der EU-Erweiterung zeigt, dass dennoch Vereinbarungen über die Anwendung gemeinsamer Standards und Schutzniveaus erreicht werden können, wenn gleichzeitig die notwendige Finanzierung einer nachhaltigen Entwicklung der ärmeren Partner durch die reicheren Länder sichergestellt wird. Diese Koppelung ist für alle Beteiligten gewinnbringend.

5. BAUSTEIN:

NACHHALTIGE STATT NACHHOLENDE ENTWICKLUNG – FÜR EINE GERECHTE ENTWICKLUNGSPOLITIK

Maßgeblich zur Erreichung eines vernünftigen globalen Ordnungsrahmens und einer selbst gesteuerten Entwicklung sind

- ⊖ gerechte partnerschaftliche Zusammenarbeit auf allen Ebenen
- ⊖ Stärkung der Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Partnerländer
- ⊖ Förderung von Good Governance und Bekämpfung von Korruption
- ⊖ koordinierte und basisorientierte Formen der Mittelverwendung, z.B. Mikrokredite und Mikrofinanzierung
- ⊖ adäquate Finanzierung

Noch immer hält sich hartnäckig ein Gedanke in den Köpfen vieler Menschen in den reichen Ländern: Würden die „zu Entwickelnden“ so denken und handeln, so produzieren und konsumieren wie wir, hätten sie auch unseren „verdienten Wohlstand“. Dahinter versteckt sich die alte Ideologie, dass das Glück auf Seiten der Tüchtigen steht und Armut im Wesentlichen selbst verursacht ist. Abgesehen von der Ausblendung der vielfältigen Dimensionen von Armut werden damit die Ursachen vernachlässigt, die nicht zuletzt in asymmetrischen Besitz- und Machtstrukturen liegen, die Armut und Abhängigkeit seit Jahrhunderten aufrechterhalten.

Die weltweite Ausdehnung der Entwicklung des „Westens“ bei Ausblendung unserer nicht nachhaltigen Fehlentwicklungen führt aber keineswegs zu einem umfassenden Wohlstand aller Nationen und Menschen, sondern sowohl zu kultureller Verarmung als auch zur Vernichtung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

„Nachholende Entwicklung“ ist demnach schon in unserem eigenen Interesse nicht wünschenswert. Die Entwertung traditioneller oder sozio-kulturell anderer Lebensentwürfe und Glaubensvorstellungen hat dazu beigetragen, das Selbstwertgefühl und die Eigeninitiative der Menschen zu schwächen und damit ganze Volkswirtschaften zu marginalisieren. Nicht

zuletzt ist es der oft erhobene Vorwurf der „Arroganz der westlichen Zivilisation“, die von den Menschen als demütigend, entwürdigend und bedrohend empfunden wird, eine antiwestliche Stimmung provoziert und den Nährboden für Hass und Gewalt bildet. Hinzu kommen ungerecht verteilte Chancen und ein fehlender Interessenausgleich.

Nicht zuletzt ist es die „Arroganz der westlichen Zivilisation“, die von den Menschen als demütigend, entwürdigend und bedrohend empfunden wird, eine antiwestliche Stimmung provoziert und den Nährboden für Hass und Gewalt bildet. Hinzu kommen ungerecht verteilte Chancen und ein fehlender Interessenausgleich.

Die Bekämpfung des Elends in der Welt ist kein Almosen, sondern ein humanitärer Imperativ. Wir sehen Entwicklungspolitik auch als Friedenspolitik – im aufgeklärten Eigeninteresse, wie es der Brandt-Bericht bereits 1980 verdeutlicht hat. In unserer Welt voller wechselseitiger Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten kann umfassende menschliche Sicherheit nicht gegeneinander, sondern nur miteinander erreicht werden. Sicherheitspolitik im engen militärischen Sinne greift viel zu kurz, weil sie die strukturellen Gewaltursachen, die sozioökonomischen und politischen Missstände außer Acht lässt. Hinzu kommt die Notwendigkeit, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen und die Menschen in den benachteiligten Ländern als gleichberechtigte PartnerInnen zu akzeptieren und an internationalen Verhandlungs- und Entscheidungsprozessen mitwirken zu lassen. In diesem Sinne gilt es auch, die Eigeninitiative und den eigenen Beitrag der betroffenen Länder gezielt zu fördern.

So verstandene Entwicklungspolitik geht demnach weit über Projekte und Programme der Entwicklungszusammenarbeit hinaus und umfasst:

- ⊖ den Abbau der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Entwicklungshemmnisse
- ⊖ den Aufbau einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zur Lösung der globalen Herausforderungen

Was Entwicklungspolitik tatsächlich zu leisten imstande ist, hängt freilich von den dafür zur Verfügung gestellten Ressourcen und vom politischen Willen ab. Ohne eine tief greifende Veränderung der herrschenden Besitz- und Machtverhältnisse werden wir die Vision von Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung nicht verwirklichen können.

VON DER ENTWICKLUNGSHILFE ZUR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Es ist längst bekannt, dass Entwicklungshemmnissen komplexe Ursachengeflechte zugrunde liegen und es keine Patentrezepte gibt, diese aufzulösen. Entwicklungszusammenarbeit hatte und hat daher qualitativen und quantitativen Verbesserungsbedarf. Viele ExpertInnen haben lange Zeit an den konkreten Lebensbedingungen der Menschen vorbeigeplant und systemische Zusammenhänge nicht beachtet. Erst allmählich begann man umzudenken. Die anfängliche paternalistische Entwicklungshilfe wurde zur Entwicklungszusammenarbeit, aus betroffenen Menschen wurden Beteiligte und PartnerInnen.

Entwicklung, verstanden als Entfaltung der eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten, kann nur „sich entwickeln“ bedeuten. Die Menschen selbst sind die eigentlichen ExpertInnen. Extern können Impulse gesetzt und kann zu förderlichen Rahmenbedingungen beigetragen werden. Essenziell ist dabei die gezielte Befähigung und Ermächtigung insbesondere der Frauen und benachteiligter Gruppen zur Wahrnehmung ihrer Rechte. Deshalb setzt der Global Marshall Plan auch auf basisorientierte Modelle und finanzielle Instrumente wie Mikrokredite. Auf staatlicher Ebene sind vor allem Institutionenbildung und „Good Governance“ gefordert sowie die Bündelung regionaler Potenziale.

Für eine wirksamere Entwicklungszusammenarbeit braucht es neben einer berechenbaren, stufenweisen Mittelerrhöhung auch qualitative Verbesserungen:

- ⊖ eine bessere Harmonisierung, Kooperation, Koordination und Kohärenz der OECD-Länder
- ⊖ effektivere Institutionen auf nationaler als auch multilateraler Ebene
- ⊖ eine bessere Ausrichtung nach den Prioritäten der PartnerInnen sowie auf Nachhaltigkeit
- ⊖ beidseitige Verantwortlichkeit, Rechenschaftspflicht und Transparenz
- ⊖ Stärkung der Problemlösungskapazität und Handlungsfähigkeit der Staaten sowie der Gestaltungsmöglichkeiten der Menschen
- ⊖ einen integrierten, differenzierten Ansatz von Armutsbekämpfung, Eindämmung der Umweltzerstörung und Friedenssicherung

UNTERSTÜTZER:INNEN DER GLOBAL MARSHALL

PLAN INITIATIVE (AUSZUG)

AIESEC Austria und Deutschland
American Council for the United Nations University
Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft
Caritas Österreich
Club of Rome International
Diözese Graz-Seckau
Dreiländer-Landtag Tirol, Südtirol, Trentino
Fairtrade Österreich
Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung/n
Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft
FORUM Umweltbildung
Freistaat Thüringen
HLA Yspertal
Institut für Theologie Interkulturell und Studium der Religion, Universität Salzburg
Katholische Arbeitnehmer/innen Bewegung
Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz (KOO)
Landtag Nordrhein-Westfalen
Naturfreunde International
Ökologische Landentwicklung Steiermark
Ökosoziales Forum Deutschland
Ökosoziales Forum Europa
Ökosoziales Forum Österreich
Ökosoziales Forum Ungarn
österreichische Bundesländer Burgenland, Kärnten, Niederösterreich,
Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol, Vorarlberg, Wien
Österreichischer Biomasse-Verband
Plant-for-the-Planet Foundation
Sparda-Bank München eG
SPES Zukunftsakademie
Stadt München
Stiftung Weltvertrag
The Club of Budapest International
Umweltdachverband
UN-Millenniumkampagne Deutschland
Universität für Bodenkultur Wien
Universitätsclub Klagenfurt
VENRO - Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.
Welthaus Innsbruck
Wirtschaftskammer Österreich

GLOSSAR

BNE: Bruttonationaleinkommen
ILO: International Labor Organization (Internationale Arbeitsorganisation)
IUCN: International Union for Conservation of Nature and Natural Resources (Weltnaturschutzunion)
IWF: Internationaler Währungsfonds
NGO: Non-Governmental Organization (Nichtregierungsorganisation)
MDGs: Millenium Development Goals (Millenniums-Entwicklungsziele)
OECD: Organization for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit)
UNDP: United Nations Development Programme (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen)
UNEP: United Nations Environment Program (Umweltprogramm der Vereinten Nationen)
UNESCO: United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur)
UNO/UN: United Nations Organization (Organisation der Vereinten Nationen)
WTO: World Trade Organization (Welthandelsorganisation)

WEITERFÜHRENDE LITERATUR UND ANREGUNGEN ZUR UMSETZUNG DES GLOBAL MARSHALL PLAN:

Amt der Tiroler Landesregierung – Abteilung Raumordnung Statistik/
Nachhaltigkeitskoordination 2010: Tiroler Gemeindekatalog 2010 – 2011.
Ein Beitrag der Tiroler Global Marshall Plan – Initiative zum Tiroler
Aktivitätenplan (TAP): www.tirol.gv.at/nachhaltigkeit

Ökosoziales Forum Europa (Hg.) 2008: ... und was wir daran ändern können.
Handbuch für MultiplikatorInnen: www.oekosozial.at/index.php?id=13622

Ökosoziales Forum Österreich (Hg.) 2010: Ökosoziale Marktwirtschaft. Für
eine zukunftsfähige Gesellschaftsordnung: www.oekosozial.at/index.php?id=13516

SPES Zukunftsakademie Schlierbach /Verein Leb's Net's 21 (Hg.) 2010:
Maßnahmen und Aktionen für aktive Menschen in Gemeinden und
Regionen. Global Marshall Plan und Agenda 21. Fairänderung,möglich!?
www.oekosozial.at/index.php?id=13624

DIE GLOBAL MARSHALL PLAN INITIATIVE IM DEUTSCHSPRACHIGEN RAUM

Koordination International

Global Marshall Plan Initiative, Ferdinandstraße 28-30, D-20095 Hamburg

Tel.: +49 (0)40-822 90 420, Fax: +49 (0)40-822 90 421,

E-Mail: info@globalmarshallplan.org

Kontoverbindung: Global Marshall Plan Foundation, Konto: 212, BLZ: 251 205 10, Sozialbank, Swift/BIC: BFSWDE33HAN, IBAN: DE73 2512 0510 0008 4098 00

Koordination Deutschland

Deutsche Gesellschaft Club of Rome, Steckelhörn 9, D-20457 Hamburg

Tel.: +49 (0)40-89 80 75 86, Fax: +49 (0)40-89 80 75 87,

E-Mail: germany@globalmarshallplan.org

Für Deutschland nutzen Sie bitte die internationale Kontoverbindung. Sie erhalten eine in Deutschland abzugsfähige Spendenbescheinigung.

Koordination Österreich

Ökosoziales Forum Europa, Franz Josefs-Kai 13, A-1010 Wien

Tel.: +43 (0)1-253 63 50-0, Fax: +43 (0)1-253 63 50-70,

E-Mail: info@oekosozial.at

Kontoverbindung: Global Marshall Plan, Konto: 60020, BLZ: 32000, Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien, IBAN: AT49 3200 0000 0006 0020, BIC: RLNWATWW

UNTERSTÜTZUNGSERKLÄRUNG GLOBAL MARSHALL PLAN INITIATIVE

Bitte per Fax an: International: +49 (0)40-822 90 421

Deutschland: +49 (0)40-8980 75 87

Österreich: +43 (0)1-253 63 50-70

Ich/Wir unterstütze/n die Global Marshall Plan Initiative

als Organisation

als Person

Organisation:

Name:

Funktion:

Adresse:

E-Mail:

Ich/Wir möchte/n Informationen und den Newsletter per E-Mail erhalten.

Ich/Wir möchte/n aktiv bei der Initiative mitarbeiten.

Ich/Wir möchte/n die Initiative auch finanziell unterstützen.

monatlich

vierteljährlich

halbjährlich

einmalig

Ich/Wir möchte/n das Buch-„Abo“ für _____ Euro bestellen.

Damit erhalte/n ich/wir mehrmals im Jahr relevante Literatur zum Thema frei Haus. Mindestbetrag: EUR 12,-, ermäßigt für Studierende etc. EUR 6,- Näheres unter www.globalmarshallplan.org

Datum/Unterschrift:

